



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/19397

Demokratiefeindliche Äußerungen in AfD-Chatgruppe ächten

Der Landtag verurteilt die demokratiefeindlichen, gewaltlegitimierenden und rassistischen Äußerungen in der „Alternativen Nachrichtengruppe Bayern“ der AfD-Fraktion, in der neben fast allen Mitgliedern des Landesvorstands und der bayerischen Bundestagsabgeordneten der AfD-Fraktion auch 16 von 18 Abgeordneten der AfD-Fraktion im Landtag Mitglied waren. Aufrufe von Mandatsträgern zu „Umsturz“, „Revolution“ und „Bürgerkrieg“ stellen das repräsentative parlamentarische System grundlegend in Frage und zielen auf eine Machtübernahme jenseits demokratischer Mehrheiten. Der Landtag verurteilt aufs Schärfste Aufrufe zum gewaltsamen Umsturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere, wenn sie von Mitgliedern des Hohen Hauses getätigt werden. Es stellt sich die Frage, inwiefern Abgeordnete, die solche Äußerungen tätigen oder tolerieren, sich noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Bayerischen Verfassung bewegen.

Die Staatsregierung wird daher dazu aufgefordert, über die Sicherheitsbehörden dafür zu sorgen, dass die aufgrund von Medienrecherchen bekannt gewordenen Chatverläufe sorgfältig ausgewertet und in die Entscheidung über eine Neubewertung und Beobachtung der gesamten AfD einbezogen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident